



Orange The World 2025

Was wir als UN Women Deutschland e.V. fordern

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und weltweit.

Nur wenn Frauen und Mädchen ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung leben können, ist für sie eine volle gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe möglich. Denn ohne die Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt ist keine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Diese ist dabei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

Eine [Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen](#) (EIGE, 2021) schätzte die Kosten geschlechtsspezifischer Gewalt in der EU auf 366 Milliarden Euro pro Jahr. Die gesellschaftlichen Folgekosten von häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen beliefen sich für Deutschland auf ca. 54 Milliarden Euro pro Jahr – 148 Millionen Euro pro Tag. Die hohen Kosten entstehen z.B. im Gesundheitssystem, bei Polizei und Justiz und durch Arbeitsausfall der Betroffenen.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein Nischenthema. Sie geht uns alle an! Sie ist allgegenwärtig und hat vielfältige strukturelle Ursachen. Neben dem patriarchal geprägten Machtgefälle zwischen den Geschlechtern gehören dazu auch sexistische Stereotype sowie die systematische Diskriminierung von Frauen. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu beenden, sind strukturelle Veränderungen dringend erforderlich.

Wir von UN Women Deutschland fordern ressortübergreifende, umfassende Gesamtstrategien gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Diese müssen folgende zentrale Maßnahmen beinhalten:

- Umfassende Präventionsarbeit gegen geschlechtsspezifische Gewalt ab dem Kindesalter, frei von rassistischen, sexistischen und anderen diskriminierenden Stereotypen;
- Reformen im Sorge- und Umgangsrecht, die den Vorrang des Gewaltschutzes vor dem Umgangsrecht eindeutig sicherstellen;
- Die Sensibilisierung von Justiz und Polizei;
- Den Ausbau und die verlässliche Finanzierung gezielter Täterarbeit und flächendeckender Beratungs- und Schutzangebote für alle von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen.



Zudem fordern wir:

- Die Einhaltung und vollständige Umsetzung der **Frauenrechtskonvention (CEDAW)** und der **Istanbul-Konvention**.
- Das **Gewalthilfegesetz** muss schnellstmöglich umgesetzt, ausreichend finanziert und so ausgebaut werden, dass es den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt gerecht wird. Das gilt auch für den uneingeschränkten Schutz von migrantischen und geflüchteten Frauen und Mädchen sowie trans und nicht-binären Personen.
- Ein klares **gesetzliches Verbot von Catcalling**: Verbale und durch Gesten ausgeübte sexualisierte Gewalt muss als Straftatbestand anerkannt werden. Es braucht eine klare Handhabe für Polizei und Justiz sowie eine bundesweite Aufklärungs- und Bildungsoffensive.
- Ein **Gesetz gegen digitale Gewalt**, das allen Betroffenen umfassenden Schutz vor allen Erscheinungsformen digitaler Gewalt - speziell sexistischer Gewalt- gewährleistet. Ein solches Gesetz muss in eine politische Gesamtstrategie zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt eingebettet werden, die schon bei der Prävention anfängt. Richter*innen und andere Entscheidungsträger*innen müssen mit Blick auf digitale und insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt geschult werden, um Verharmlosungen und Fehlentscheidungen zu verhindern.